
„Solidarność“ – nur ein polnischer Traum von der Freiheit?

Gerhard Besier / Katarzyna Stokłosa



Dr. Dr. Gerhard Besier, geb. 1947 in Wiesbaden, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, o. Prof. an der TU Dresden. (ausführliches Biogramm siehe S. 375)



Dr. Katarzyna Stokłosa, geb. 1974 in Bartoszyce (Polen). Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden (Anschrift: 01062 Dresden). Studium der Kulturwissenschaften an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). 2002 Promotion zum Dr. phil. an der Europa-Universität Viadrina. Von 2003–2004 Leiterin der Arbeitsstelle Ostmitteleuropa in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin.

Abstract

“Solidarność” has become the primary symbol of hope as well as that of the love of freedom in Poland. Historical myths of national conservative provenance are increasingly overpowering the experiences of 1980/1981 and the political and cultural impulses that were unleashed in Poland at that time. The following questions will be addressed in the article: To what revolutionary history does Solidarność have a connection? What is the importance of this revolutionary movement not only for Poland but also for the Soviet Union’s other satellite states? What significance did the Helsinki Accords and West Germany’s “Ostpolitik” possess in Poland’s democratization?

I.

Im Jahre 2005 begingen zahlreiche polnische Institute, Organisationen und Universitäten feierlich den 25. Jahrestag der „Solidarność“-Gründung im Spätsommer 1980. In ganz Polen fanden unzählige Kongresse, Konferenzen, Podiumsdiskussionen und Ausstellungen statt, die sich mit der Geschichte der „Solidarność“-Bewegung sowie deren Bedeutung für eine offene Gesellschaft im heutigen Polen befassten. Es ist eine Reihe neuer Bücher erschienen, die sich unter historischen, soziologischen und politologischen Aspekten mit „Solidarność“ beschäftigen.¹

1 Vgl. zum Forschungsstand Jan Ryszard Sielezin, *Plaszczyzna konfrontacji politycznej między „Solidarnością“ a władzą w latach 1980–1981* [Die Ebene der politischen Konfrontation zwischen „Solidarność“ und der Regierung in den Jahren 1980–1981],

„Solidarność“ ist in Polen zu einem tragenden Symbol der Hoffnung und der Freiheitsliebe geworden. Als Erbe dieser Bewegung verstehen die meisten Polen heute vor allem die Freiheit des Wortes. In diesem Beitrag werden Entstehung, Entwicklung und gegenwärtige Bedeutung der „Solidarność“-Bewegung geschildert. Im ersten Teil soll den historischen Aspekten der „Solidarność“-Bewegung nachgegangen werden: An welche revolutionäre Vorgeschichte konnte „Solidarność“ anknüpfen, wie kam es zur „Solidarność“-Bewegung und welchen Weg ging sie? Welche Bedeutung hatte diese Aufbruchsbewegung für Polen, aber auch für die anderen Satellitenstaaten der Sowjetunion und welchen Stellenwert nahmen der KSZE-Prozess und die westdeutsche Ostpolitik bei der Demokratisierung Polens ein?

Im zweiten Teil wird die aktuelle Haltung der Polen zu ihrer Freiheitsbewegung erörtert: Wie wird „Solidarność“ heute in der polnischen Gesellschaft bewertet? Welche Bedeutung besitzt diese Bewegung für die verschiedenen Generationen? Denken die Polen heute, dass „Solidarność“ nicht nur für Polen, sondern auch für den ganzen Ostblock, für Europa und vielleicht sogar für die Welt eine besondere Bedeutung hatte? Diese Fragen werden auf der Grundlage von Umfragen beantwortet, die das polnische Meinungsforschungsinstitut CBOS durchgeführt hat.

II.

In der polnischen Historiographie wird stets betont, dass es in Polen seit dem Oktober 1956 immer wieder zu Oppositionsbewegungen kam und dass das Land daher einen beständigen Unruheherd im Ostblock bildete. Als im Juni 1956 Posener Arbeiter streikten und auf die Straße gingen, schlug die Armee den Aufruhr blutig nieder. Im Grunde markierte schon dieses Ereignis das Ende des kommunistischen Modells sowjetischer Prägung. Mit der Berufung Gomułkas zum neuen Parteichef begann ein „polnischer Sonderweg“ des ständigen Lavierens gegenüber Moskau – unter Einschluss parteiinterner Friktionen, die zu einer eingeschränkt pluralen Entwicklung innerhalb der kommunistischen Elite führte. Bei seinem Besuch in Moskau im November 1956 gestand die sowjetische Vormacht Gomułka drei Besonderheiten zu: „eine unabhängige katholische Kirche, ein freies Bauerntum und eine merkwürdige Art von politischem Scheinpluralismus“.² Die politische Diversifizierung ging mit ähnlichen Entwick-

Wrocław 2005; Andrzej Friszke, Poland 1956–1989: the Transformation of the ‚Developed Socialist‘ State. In: Jerzy W. Borejsza/Klaus Ziemer (Hg.), *Totalitarian and Authoritarian Regimes in Europe. Legacies and Lessons from the Twentieth Century*, New York 2006, S. 276–296. Siehe auch Andrzej Paczkowski/Malcolm Byrne (Hg.), *From Solidarity to Martial Law: The Polish Crisis of 1980–1981. A Documentary History*, Budapest/New York 2007.

2 Norman Davies, *Im Herzen Europas. Geschichte Polens*, München 2002, S. 10.

lungen im Bereich der Wissenschaft, aber auch auf dem kulturellen Feld einher. Zu diesem Aufweichungsprozess trug in erheblichem Maße die katholische Kirche bei. Infolge des „polnischen Oktober“ mussten die Internierung Kardinal Wyszyńskis und der Kulturkampf mit der katholischen Kirche beendet werden; der Episkopat, die katholischen Medien und Vereinigungen konnten nach einer Vereinbarung mit der Regierung ihren früheren Einfluss auf die Gesellschaft zurückgewinnen. Einmalig im Ostblock war seit Oktober 1956 auch das Phänomen einer, wenn auch winzigen Opposition im Sejm – die unabhängige katholische Znak-Gruppe.

Meist lösten akute Wirtschaftskrisen weitere Wellen der Erosion innerhalb des kommunistischen Systems in Polen aus. Aber auch Repressionen im zivilgesellschaftlichen Bereich zeitigten Protestreaktionen. Als Antwort auf eine Verschärfung der Zensur erschien 1964 der „Brief der 34“³ – ein Protest führender Intellektueller, der zum Fanal für die Entstehung organisierter oppositioneller Gruppen werden sollte. Als im Februar 1968 eine Inszenierung des Dramas „Totenfeier“ von Adam Mickiewicz (1798–1855) abgesetzt wurde, da sie Analogien zwischen Kongresspolen mit Volkspolen hergestellt hatte, kam es zu heftigen Studentenprotesten, die das Regime niederknüppeln ließ. Die studentischen Rädelsführer wurden zu empfindlichen Haftstrafen verurteilt. Nach den Studentenunruhen im Frühjahr 1968 löste im Dezember 1970 die Ankündigung von Preiserhöhungen an der Küste Streiks und Tumulte aus. Die Unruhen forderten mehrere hundert Menschenleben und führten zum Sturz Gomułkas.

Unter seinem Nachfolger Edward Gierek beruhigten sich die Verhältnisse zunächst. Dazu trugen ein bescheidener wirtschaftlicher Aufschwung, kulturelle Liberalisierungen und die beginnende Entspannung zwischen West und Ost bei. Doch im Zusammenhang mit einer geplanten Verfassungsänderung, in der die „unverbrüchliche brüderliche Verbundenheit“ mit der UdSSR dokumentiert werden sollte, kam es 1975 erneut zu Protesten intellektueller Kreise und der Kirche. Kurz darauf entpuppte sich das „polnische Wirtschaftswunder“ als ein kreditfinanziertes Unternehmen, das zu einer riesigen Auslandsverschuldung geführt hatte. Neben den Zinsen für frühere Darlehen drückten die Schwindel erregenden Subventionen für den einheimischen Bedarf und machten neue Auslandsschulden erforderlich. Als daraufhin die polnische Regierung im Juni 1976 den Abbau von Subventionen und damit radikale Preiserhöhungen für Fleisch, Zucker und andere Lebensmittel ankündigte, reagierte die enttäuschte Bevölkerung mit landesweiten Streiks. Die Arbeiter des Traktorenwerks „Ursus“ bei Warschau blockierten eine Eisenbahnlinie und drohten, den Transit Moskau-Berlin lahm zu legen. Auch in den Rüstungswerken von Radom rumorte es. Die Miliz verhaftete hunderte von Streikführern. In Schnellgerichtsverfahren wurden sie zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Doch schon nach wenigen Wochen kapitulierte die Regierung Edward Gierek, nahm die Preiserhöhungen zurück und amnestierte einen Teil der Verurteilten. Aus dieser Protestbewegung

3 Vgl. Jerzy Eisler, List 34 [Brief der 34], Warszawa 1993.

entstand die erste offen agierende oppositionelle Organisation, die sich mit legalen Mitteln für verfolgte Arbeiter und ihre Familien einsetzte – das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR). KOR repräsentierte ganz unterschiedliche Kreise der polnischen Gesellschaft – Linke wie Konservative, Priester wie Sozialisten. Die Organisation wurde zu einem wichtigen Element des kulturellen und politischen Lebens Polens, indem sie nicht nur konkrete Hilfe leistete, sondern auch Zeitschriften und Bücher herausgab. Damit schuf sie eine Gegenöffentlichkeit, ein Korrektiv zur offiziellen Kulturszene. Das Kulturmonopol des Staates war gebrochen. Nun öffneten sich auch die katholischen Zeitschriften – unterstützt von dem Krakauer Bischof Karol Wojtyła – für die Gedanken der Reformer innerhalb und außerhalb der Kirche. Überall entstanden neue Oppositionsbewegungen, die sich nicht mehr unterdrücken ließen, obwohl der Staat immer wieder Oppositionelle für 48 Stunden wegspernte und so eine Drohkulisse aufrechterhielt. Der zündende Funke, der die weithin unkoordinierten Schwelbrände zu einem Großfeuer werden ließ, war die Wahl Wojtyłas zum Papst im Herbst 1978. Mit seiner Erhebung identifizierte sich eine überwältigende Mehrheit der polnischen Nation und sah in ihm jenes „andere Polen“ symbolisiert und ausgezeichnet, zu dem sie sich selbst zählten. Mit seiner ersten Pilgerfahrt nach Polen im Juni 1979 gab Johannes Paul II. das Signal zum Aufbruch und bestimmte auch den Modus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung: Die Revolte vollzog sich friedlich, kontrolliert und beherrscht. Gewalttätige Streiks mutierten gewissermaßen zu Messen.

Im Oktober 1979 musste Gierек angesichts der radikalen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage auf dem ZK-Plenum seine Rat- und Hilflosigkeit eingestehen. Inzwischen beliefen sich die polnischen Auslandsschulden auf über 20 Milliarden Dollar – so viel wie die gesamte Auslandsschuld der UdSSR.⁴ Die Ablösung des für die desolante Wirtschaft verantwortlichen Premiers Jaroszewicz im Frühjahr 1980 und die Ankündigung von Reformen kamen zu spät. Als die Streikwelle vom Sommer 1980 losbrach, traf sie den Apparat unerwartet, obwohl sie sich seit Langem durch viele Vorzeichen angekündigt hatte. Längst hatte sich unter den Arbeitern an der Küste so etwas wie ein unabhängiger Gewerkschaftskern gebildet; die hektographierte Zeitung „Robotnik“ erreichte eine Auflage von 20 000 Exemplaren. Im August 1979 kursierte bereits eine „Charta der Arbeiterrechte“, die Vieles von dem enthielt, was im Jahr darauf, Mitte August 1980, in Gestalt der „21 Forderungen“⁵ den Verhandlungen auf der Danziger Werft zugrunde lag. All das war nur möglich durch die enge Zusammenarbeit von Intellektuellen und Arbeitern. Die Streiks auf den Werften wurden flankiert von Angriffen auf die „Fassadenkultur“ der Machthaber. Literaten, Journalisten und Filmemacher bildeten das ganze Elend der polnischen

4 Vgl. Davies, *Im Herzen Europas*, S. 15.

5 Vgl. *Charta* (Hg.), *Tage der Solidarität*, Warszawa 2005, S. 21.

Gesellschaft ab, Emotionen und Kognitionen gingen Hand in Hand; sie brachten ein ganzes Volk auf die Straße.⁶

Wie so oft in Volkspolen, bildeten Preiserhöhungen den Anlass für die Revolte. Zur Subventionierung der Grundnahrungsmittel musste die Regierung Gierk rund 40 Prozent des Staatshaushaltes aufbringen. Insofern die Wirtschaft saniert werden sollte, führte jedoch kein Weg an einem Abbau der Subventionierung vorbei. Aber es ging den Menschen um mehr als nur um die Verteidigung ihres ohnehin niedrigen Lebensstandards. Sie präsentierten dem Regime die Rechnung von 25 Jahren Diktatur. Als Anna Walentynowicz,⁷ ein Mitglied des „Gründungskomitees Unabhängiger Gewerkschaften“, von der Danziger Lenin-Werft entlassen wurde, streikte man nicht nur für ihre Wiedereinstellung, sondern auch für alle seit 1976 Entlassenen. Und man streikte für ein Denkmal zu Ehren der im Jahr 1970 Erschossenen. Lawinenartig schlossen sich zahlreiche Großbetriebe an der Küste und in Oberschlesien den Streiks an. Das Regime war in einer überaus schwierigen Lage. Denn schon am 24. August, dem ersten Streiktag, als Lech Wałęsa über die Mauer auf das Werftgelände sprang und Vorsitzender des Streikkomitees wurde, lehnte der Oberbefehlshaber der Marine einen Einsatz der Militärs gegen die Arbeiter kategorisch ab, und die Vertreter der Wojewodschaftsparteikomitees waren zu Verhandlungen mit der Streikleitung bereit. Wenige Tage darauf umfassten die Streikforderungen schon die Gründung freier Gewerkschaften, die Abschaffung der Zensur und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Die Werft wurde zur eigentlichen Metropole Polens; binnen weniger Wochen entstand hier eine ganze Subkultur – eine Mischung aus politischer Kundgebung, kirchlicher Messe, Volksfest und Festung. Das Regime – Technokraten, keine ideologischen Feuerköpfe – gab dem Druck der Straße nach. Am 28. August trennte sich das ZK von seinen „Betonköpfen“, drei Tage später unterzeichnete Lech Wałęsa die Danziger Vereinbarung. Sie legte den Grundstein für unabhängige und sich selbst verwalende Gewerkschaften. Zwar bestätigten die Vertreter der Streikenden die führende Rolle der Partei. Aber die Unterhändler der Regierung mussten ebenfalls eine ganze Reihe von Zugeständnissen einräumen – darunter das Streikrecht der Arbeiter, ihr Recht, sich in freien Gewerkschaften zu organisieren, ihr Recht für die im Jahr 1970 getöteten Kollegen ein Denkmal zu errichten, und eine Lockerung der Zensur. Nach der Unterzeichnung dieser Vereinbarungen schlossen sich Delegierte von Streikkomitees aus allen Teilen des Landes zum Nationalen Koordinierungskomitee einer neuen Unabhängigen Selbstverwaltenden Gewerkschaft (NSZZ) zusammen. Sie gaben ihrer neuen Organisation den Namen „Solidarność“ und wählten zu ihrem Vorsitzenden den 37-jährigen arbeitslosen Elektriker Lech Wałęsa. Mit fast 10 Millionen Mitgliedern repräsentierte die neue Gewerkschaft praktisch jede Familie im Land.

6 Vgl. Gerhard Besier (unter Mitarbeit von Katarzyna Stokłosa), *Das Europa der Diktaturen. Eine neue Geschichte des 20. Jahrhunderts*, München 2006, S. 490–497.

7 Vgl. Anna Walentynowicz/Anna Baszanowska, *Cień przyszłości [Der Schatten der Zukunft]*, Kraków 2005.

Dem Verständnis der meisten polnischen Historiker zufolge endete der August 1980 erst zehn Jahre später, als der Danziger Arbeiterführer Lech Wałęsa nach den ersten freien und direkten Präsidentschaftswahlen General Jaruzelski ablösen sollte. Der Weg dahin war beschwerlich. Denn die polnische Revolte der Massen war eine sich selbst beschränkende Revolution. Sie forderte weder freie Wahlen noch eine völlige Unabhängigkeit von der sowjetischen Vormacht. Ihr ging es zunächst um eine Pluralisierung des öffentlichen Lebens, um eine rationale Wirtschaftsreform, um Freiheit von Wissenschaft und Kultur. Damit war freilich eine gehörige Aufweichung der alten Strukturen verbunden. Mit dem Aufstieg von „Solidarność“ ging der definitive Niedergang der Partei einher. Die *Polnische Vereinigte Arbeiterpartei* verlor in den Monaten nach dem August 1980 eine Viertelmillion Mitglieder und zerfaserte in feindliche Gruppen: Es gab in ihr Stalinisten, faschistoide Nationalisten, Sozialdemokraten und radikale Erneuerer. Diese innere Pluralisierung sollte den späteren Transitionsprozess fördern.

Im Dezember 1980 drohte Polen ernsthaft eine Intervention durch die „Bruderländer“ Sowjetunion und Tschechoslowakei. Der amerikanische Präsident Jimmy Carter, über CIA-Memoranden bestens informiert, warnte dringend vor einem solchen Schritt.⁸ Die DDR hatte den Einmarsch befürwortet.⁹ In der Anfangsphase der „Solidarność“ verfolgten viele DDR-Bürger die Entwicklung in Polen noch mit einer gewissen Sympathie. Doch nach einiger Zeit, mit der Verschlechterung der polnischen Wirtschaftslage, kam beim „realsozialistischen“ Nachbarn im Westen zunehmend Kritik am „chaotischen“ Zustand der polnischen Gesellschaft auf. Die Mehrheit der DDR-Bürger vertrat die Meinung, „Solidarność“ habe Polen wirtschaftlich destabilisiert. Unter den Bedingungen des sozialistischen Systems schätzten weite Teile der Bevölkerung die Ziele der Gewerkschaftsbewegung als utopisch ein. Darum befürwortete man die Ausrufung des Kriegszustandes als durchaus geeigneten Versuch, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. In einem Stimmungsbericht des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) vom Februar 1982 heißt es: „Die Polen haben in den ehemaligen deutschen Gebieten so viele Reichtümer übernommen [...] und was haben sie damit gemacht! Polen war früher ein landwirtschaftliches Land, heute ist es ein Hungerland! Zur polnischen Misere hat nicht nur das sozialistische System beigetragen. Auch in einem anderen System wären die Polen ein großer Unsicherheitsfaktor. Die Polen sind faul, sie wollen ans große Geld kommen, ohne zu arbeiten. Die polnische Regierung sollte die Menschen zur Arbeit zwingen,

8 Vgl. Paczkowski/Byrne (Hg.), *From Solidarity to Martial Law*, S. 136 ff.

9 Vgl. Michael Kubina/Manfred Wilke (Hg.), „Hart und kompromisslos durchgreifen“. Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Berlin 1995. Vgl. auch Łukasz Kamiński (Hg.), *Przed i po 13 grudnia. Państwa Bloku Wschodniego wobec kryzysu w PRL 1980–1982 [Vor und nach dem 13. Dezember. Die Ostblockstaaten zu der Krise in der VRP 1980–1982]*, Warszawa 2006.

jedoch ohne Blutvergießen. Die Polen kauften jahrelang die DDR-Geschäfte auf.“¹⁰

Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass es sich bei diesem und anderen Berichten um bloße Wunschvorstellungen der SED-Kader handelte. Vielmehr bestand in diesem Falle erhebliche Einigkeit zwischen der SED-Führung und der DDR-Bevölkerung. Unter den Bürgern überwog tatsächlich die Kritik an dem Bestreben vieler Polen, die politische Situation in ihrem Land zu verändern. Es herrschte ein auch aus Neid geborener Unwille darüber, dass die Polen anscheinend nicht genug bekommen konnten, obwohl „sie sowieso so viele Freiheiten besaßen, in den Westen fahren und Verwandte besuchen durften. Junge Leute durften dort sogar studieren. Sie haben keine Mauer, die eine Stadt teilen würde, keine Todesstrafe an der Grenze.“¹¹

In der Folgezeit schottete sich die DDR gegen den „polnischen Bazillus“ ab, die SED-Propaganda griff auf antipolnische Klischees aus der Zeit des Nationalsozialismus zurück. Als Helmut Kohl am 19. Dezember 1989 in Dresden vor der Ruine der Frauenkirche sprach, jubelten die Massen. Aber als er der *Solidarność* für ihren jahrelangen Widerstand dankte, gab es auch Pfiffe.¹² Das hat man in Polen nicht vergessen. Auf der anderen Seite belegen neuere Studien, dass die Kontakte zwischen Bürgerrechtlern und Intellektuellen aus der DDR und der VR Polen nie ganz abbrachen.¹³

In ihrer Ablehnung der polnischen Freiheitsbewegung stellte die DDR freilich keinen Sonderfall dar. Auch in der Tschechoslowakei verteidigte man – dieses Mal im Einklang mit der Bevölkerung – ganz entschieden die Grundlagen des sozialistischen Systems. Auf Seiten der kommunistischen Kader weckten die polnischen Verhältnisse böse Erinnerungen an die für sie so gefährliche Liberalisierung des Systems während des Prager Frühlings. In der tschechoslowakischen Presse zog man ebenfalls einen Vergleich zwischen der Situation in Polen und den Ereignissen in der Tschechoslowakei im Jahr 1968.¹⁴ Die Kommunistische

10 BStU, MfS HA II/6, Nr. 362, Einstellung der DDR-Bevölkerung zu Polen nach der Machtübernahme durch den Militär, Februar 1982.

11 Ebd.

12 Kohl sagte: „Und so nenne ich hier aus gutem Grund die Politik der Perestrojka von Michail Gorbatschow, die diese Möglichkeiten mitgeschaffen hat, die Freiheitsbewegung der *Solidarność* in Polen, die Reformen in Ungarn.“ Zitiert nach Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 150, vom 22. Dezember 1989, S. 1261 f. Dieser Passus wurde bei Helmut Kohl, *Ich wollte Deutschlands Einheit*, Berlin 1996, S. 221, weggelassen.

13 Vgl. Wolfgang Templin, *Antikommunistische Opposition in der DDR und in Polen*. In: Basil Kerski/Andrzej Kotula/Kazimierz Wóycicki (Hg.), *Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949–1990*, Osnabrück 2003, S. 269–273. Vgl. auch Piotr Zariczny, *Dialog zwischen regimekritischen christlichen Gruppen und Oppositionellen aus der DDR und Polen*. In: Kerski/Kotula/Wóycicki (Hg.), *Zwangsverordnete Freundschaft?*, S. 177–189.

14 Vgl. Andrzej Kobus, *Czechosłowacja wobec narodzin, rozwoju i delegalizacji „Solidarność” (1980–1982)* [Die Tschechoslowakei gegenüber der Entstehung, der Entwicklung und der Delegalisierung von „*Solidarność*“ (1980–1982)], Toruń 2006, S. 107.

Partei in der Tschechoslowakei verfolgte die Ereignisse im Nachbarland Polen mit der allergrößten Sorge. Während der 18. Sitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei am 28./29. Oktober 1980 brachte der Leiter der Abteilung für Internationale Angelegenheiten des ZK der KP der Tschechoslowakei, Vasil Bilak, diese Haltung zum Ausdruck: „Das, was in Polen passiert, ist ein Riesenverbrechen gegen den Sozialismus und das polnische Volk. Die Schuld liegt auf Seiten der konterrevolutionären Kräfte [...]“.¹⁵

Wie die DDR entschied sich auch die tschechoslowakische kommunistische Regierung, die Grenze zur VR Polen zu schließen. Auch in diesem Fall spielten sowohl politische wie wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle. Die Angst davor, dass die Funken der Freiheitsbewegung auf die Tschechoslowakei überspringen könnten, beherrschte das Denken und Handeln der Prager Kommunisten. Darüber hinaus hegte man die Befürchtung, polnische Grenzgänger würden das ohnehin schon knappe Warenangebot in den tschechoslowakischen Läden wegkaufen und damit die Versorgung der Bürger im eigenen Land gefährden. Um die Bevölkerung hinter sich zu bringen und gleichzeitig die schlechte Konsumlage zu rechtfertigen, schob die Propaganda die in der Tschechoslowakei tatsächlich bestehenden Versorgungsengpässe auf den Einkaufstourismus der „Bruderländer“, insbesondere auf den der Polen.¹⁶ Die so geschaffene Stimmung riss den durchschnittlichen Bürger mit und nahm ihn gegen die *Solidarność*-Bewegung ein. Ähnlich wie in der DDR, wurden auch in der Tschechoslowakei Stereotypen gegen Polen laut: „Sie wollen nicht arbeiten“; „sie wollen von Krediten leben“; „wir müssen sie ernähren“; „jemand muss dort die Ordnung schaffen“; „im Unterschied zu uns herrscht dort immer Armut“.¹⁷ Unterstützung fand die *Solidarność*-Bewegung seitens der Mitglieder der tschechoslowakischen Bewegung *Charta 77*, was u. a. in dem Dokument vom 14. Dezember 1980 – „*Ruce pryč od Polska!*“ („Hände weg von Polen“) – zum Ausdruck kam.¹⁸

Am 5. September 1980 musste Gierek abtreten, sein Nachfolger Stanisław Kania, der um die Schwäche der Partei wusste – ein Drittel der Parteimitglieder war auch Mitglied bei „*Solidaność*“ –, trat für Kompromisse und eine äußerst vorsichtige Politik ein. Beim außerordentlichen Parteitag im Juli 1981 gab es keine geschlossene, sondern eine offene Liste, was zur Folge hatte, dass 90 Prozent der bisherigen ZK-Mitglieder nicht wiedergewählt wurden.

Im Februar 1981 war der bisherige Verteidigungsminister General Wojciech Jaruzelski, Ministerpräsident geworden; er ernannte den als Sozialdemokraten verschrienen Mieczysław F. Rakowski, bisher Chefredakteur der *Polityka*, zu seinem Stellvertreter. Der General bat um 90 streikfreie Tage, aber als die Milizen in Bydgoszcz (Bromberg) Repräsentanten der Bauern-„*Solidarność*“ verprügel-

15 Zitiert nach ebd., S. 65.

16 Vgl. ebd., S. 67 f. und 113.

17 Ebd., S. 173.

18 Vgl. ebd., S. 84.

ten, antwortete die Bewegung mit einem vierstündigen Warnstreik.¹⁹ Drei Tage später kam es zu einem fragwürdigen Kompromiss zwischen Rakowski und Wałęsa, der eine wackelige „Partnerschaft“ zwischen Regierung und Gewerkschaft begründete. Im Lande zeichnete sich so etwas wie eine Doppelherrschaft von kommunistischer Hegemonialpartei und parteiunabhängiger Gewerkschaft ab. Innerhalb der Arbeiterpartei verfolgte man zwar einen eingeschränkten Reformkurs, behauptete aber weiter deren „führende Rolle“. Innerhalb der „Solidarność“-Bewegung kam es ebenfalls zu Auseinandersetzungen zwischen „Realisten“ und „Radikalreformern“. Letztere verantworteten einen „Aufruf an die Arbeiter Osteuropas“, es den Polen gleichzutun. Im September 1981 erfolgte die Absetzung von Kania; Jaruzelski übernahm nun auch die höchste Stellung des Parteisekretärs. Im selben Monat fand der landesweite Gewerkschaftstag in Danzig statt, der zahlreiche Reformprojekte verabschiedete. An den Universitäten und Hochschulen streikten in diesem Herbst die Studierenden, weil sie ebenfalls eine Hochschulreform wünschten.

Als Partei und Regierung eine Art „Notstandsgesetz“ für den kommenden Winter ankündigten, wollte „Solidarność“ darauf mit Straßendemonstrationen, einem Generalstreik und einem Referendum über die „Herrschaftsmethoden“ antworten. Doch dazu kam es nicht mehr. Denn Jaruzelski verhängte den Kriegszustand. Indem die polnische Armee das Land übernahm, verringerte sich die Gefahr einer sowjetischen Intervention. In der Nacht zum 13. Dezember 1981 hatte man Tausende von „Solidarność“-Aktivisten verhaftet und interniert. Auf den Straßen beherrschte Militär das Bild. Massenhaft wurden „Solidarność“-Anhänger aus den Staatsbetrieben entlassen und in den Staatsmedien gegen die Bewegung polemisiert. Das Land befand sich in einem bürgerkriegsähnlichen Zustand.²⁰ Spontaner Widerstand wurde gewaltsam gebrochen. Zum Jahresende beherrschte das Militär unangefochten die Lage. Wałęsa sprach von einem „Krieg um Polen“ und bezeichnete die Regierung als „Junta“. Im Herbst 1982 wurde die „Solidarność“ entlegalisiert, viele ihrer Mitglieder wanderten zu den neu gebildeten regimetreuen Gewerkschaften (OPZZ) ab. Aber ein harter Kern blieb bestehen und arbeitete im Untergrund weiter. Am 20. April 1982 trafen sich in Warschau vier Führer der „Solidarność“-Bewegung aus den größten polnischen Regionen. Diese Vier – Władysław Frasyniuk aus Wrocław, Bogdan Lis aus Gdańsk, Władysław Hardek aus Kraków und Zbigniew Bujak aus Warszawa – beschlossen, eine vorläufige Koordinierungskommission (TKK) der Gewerkschaft „Solidarność“ zu gründen und über die Untergrundpresse diesen Schritt einer eingeschränkten Öffentlichkeit anzukündigen. Ihr Ziel bestand darin, die Aufhebung des Kriegszustandes, die Entlassung der Internierten, die

19 Vgl. hierzu auch Łukasz Kamiński/Wojciech Sawicki/Grzegorz Waligóra (Hg.), *Solidarność walcząca w dokumentach*. Tom 1: *W oczach SB* [Die kämpfende Solidarität in Dokumenten. Band 1: In den Augen des Staatssicherheitsdienstes], Warszawa 2007.

20 Neu dazu siehe Andrzej Paczkowski, *Wojna polsko-jaruzelska*. *Stan wojenny w Polsce 13 XII 1981 – 22 VII 1983* [Der Polen-Jaruzelski Krieg. Der Kriegszustand in Polen 13 XII 1981 – 22 VII 1983], Warszawa 2006, *passim*.

Wiedererlangung der Bürgerrechte und eine erneute Legalisierung der „Solidarność“ zu erreichen.²¹ Für den 13. Mai 1982 organisierte die TKK eine große Streikwelle in ganz Polen.²²

Im ersten und zweiten Jahr des Kriegszustandes kam es zu Wieder- und Neugründungen von Untergrundverlagen. Für die einen bedeutete das den Anfang der Verlagstätigkeit, andere mussten sich an neue, schwierigere Verhältnisse gewöhnen. Bücher und Presseerzeugnisse, die so im kommunistischen Polen entstanden, gehörten zu den einflussreichsten kulturellen Elementen der polnischen Wirklichkeit in der Endphase des Kommunismus. Insgesamt wurden von 1976 bis 1990 6 500 Bücher und Broschüren illegal gedruckt. Das war weit mehr als in anderen Ostblockstaaten.²³

Die politischen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition ruinierten endgültig die schon schwer angeschlagene Wirtschaft des Landes. Nach drei Jahren des Schrumpfens kam es zu einem abermaligen Rückgang des Bruttosozialprodukts um 15 Prozent, die Auslandsverschuldung erreichte die Marke von 30 Milliarden Dollar. Drakonische Preiserhöhungen ließen den Lebensstandard im Land drastisch sinken, die Realeinkommen besaßen nur noch 75 Prozent ihres früheren Wertes. Allein die Hilfe aus dem Ausland – darunter vor allem aus der alten Bundesrepublik – verhinderte eine ernste Versorgungskrise der Bevölkerung.²⁴ Um das Militärregime unter Druck zu setzen, verhängten die USA Wirtschaftssanktionen gegen das ausgeplünderte Land. Die polnischen Botschafter in Washington und Tokio kehrten ihrem Land den Rücken und baten in den Gastländern um politisches Asyl.²⁵ Ungeachtet der internationalen Proteste kam es zu bis heute unaufgeklärten Morden an Oppositionellen. Die massenhaften Demonstrationen aufgrund des schockierenden Meuchelmords an dem Priester Jerzy Popiełuszko 1984 zwangen die Regierung, den von ihr selbst gedungenen Auftrags-Mörder in einem öffentlichen Prozess in Thorn zu verurteilen. Die Ära Gorbatschow erlaubte Jaruzelski vorsichtige Reformen. Polen erhielt Institutionen eines Rechtsstaats – vom Verfassungsgericht über den Ombudsmann für Bürgerrechte bis hin zum Volksentscheid. Gelegentlich noch rügten die Sowjets die polnischen Abweichungen. Doch schon 1984 verbat man sich in der offiziellen polnischen Presse derartige Belehrungen.

21 Vgl. Andrzej Friszke, Tymczasowa Komisja Koordynacyjna NSZZ „Solidarność“ (1982–1987) [Die vorläufige Koordinierungskommission NSZZ „Solidarność“ (1982–1987)]. In: ders. (Hg.), *Solidarność podziemna 1981–1989* [Solidarność im Untergrund 1981–1989], Warszawa 2006, S. 17–182, hier 17.

22 Vgl. ebd., S. 28.

23 Siehe dazu Paweł Sowiński, *Siła wolnego słowa – Nowa, Krag, CDN (1982–1989)* [Die Kraft des freien Wortes – Nowa, Krag, CDN (1982–1989)]. In: Friszke, *Solidarność podziemna*, S. 637–665.

24 Vgl. Mieczysław Tomala, *Deutschland – von Polen gesehen. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen 1945–1990*, Marburg 2000, S. 421–423.

25 Vgl. Davies, *Im Herzen Europas*, S. 25.

Anders als im Westen bejubelten die Polen Gorbatschow nicht.²⁶ Der Großrusse und überzeugte Kommunist fand bei seinem Besuch in Polen 1988 keine klaren Worte zu Katyń und der „Breschnew-Doktrin“.

Im Frühsommer 1988 erschütterte eine mächtige Streikwelle das Land. In einem weiteren Kompromiss von Regierung und Opposition einigte man sich im Frühjahr 1989 schließlich auf einen so genannten „Runden Tisch“. In wirtschaftlich hoffnungsloser Lage sollte „Solidarność“ in die Verantwortung eingebunden werden. Bei den halbfreien Wahlen vom 4. Juni 1989 erlitt die Arbeiterpartei eine hoffnungslose Niederlage, die „Solidarność“ gewann dagegen 99 Prozent der Mandate im völlig frei gewählten Senat und sämtliche der zu 35 Prozent frei gewählten Mandate im Sejm. Der damalige Botschafter der USA in Polen, John Davis, berichtete über dieses Ereignis dem Staatssekretär in Washington: „Das Ergebnis der polnischen Wahlen bedeutet eine tiefe Niederlage für das Regierungslager, dieses hat die Niederlage bereits vor der [offiziellen] Ankündigung der Ergebnisse eingestanden. Alle Kandidaten der ‚Solidarność‘ werden gewinnen. [...] Sollte Jaruzelski zum Präsidenten gewählt werden, wird dies nicht ohne die Einwilligung, wenn nicht gar die aktive Unterstützung seitens der ‚Solidarność‘ geschehen können.“²⁷

Mit Tadeusz Mazowiecki als Ministerpräsidenten besaß Polen am 24. August 1989 – dank „Solidarność“ – den ersten nichtkommunistischen Regierungschef im Ostblock. Die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen vom November 1990 markierten dann das eigentliche Ende von „Solidarność“. Denn nicht Mazowiecki sollte zum eigentlichen Gegner Wałęsas werden, sondern ein bis dahin unbekannter Millionär aus Übersee, Stanisław Tymiński. Das Land sehnte sich nach wirtschaftlichem Erfolg und schaute nach Westen. Im zweiten Wahlgang gewann Wałęsa dann aber – mit den Stimmen der Mazowiecki-Anhänger – spielend gegen Tymiński. Im Dezember 1990 – 20 Jahre nach dem blutigen Streik an der Küste und zehn Jahre nach der Gründung von „Solidarność“ – konnte der Elektriker aus Danzig ins Warschauer Belvedere einziehen. Volkspolen hatte aufgehört zu existieren. Das brachte der Präsident der Londoner Exilregierung symbolträchtig zum Ausdruck, als er Wałęsa bei dessen Amtseinführung die Insignien Vorkriegspolens überreichte.²⁸

Die Beschäftigung mit „Solidarność“ ist im heutigen Polen – sowohl in der breiten Bevölkerung wie unter Wissenschaftlern – selbstverständlich. Allerdings

26 Vgl. Adam Krzemiński, *Polen im 20. Jahrhundert. Ein historischer Essay*, München 1998, S. 172 f.

27 Dokument Nr. 52: Warszawa, 6. Juni 1989, Der Botschafter Davis an den Staatssekretär zum Thema der Parlamentswahlen. In: Instytut Studiów Politycznych PAN (Hg.), *Ku zwycięstwu „Solidarności“*. Korespondencja Ambasady USA w Warszawie z Departamentem Stanu styczeń – wrzesień 1989 [Zum Sieg von „Solidarność“]. Briefwechsel der USA-Botschaft in Warschau mit dem State Department, Januar – September 1989, Warszawa 2006, S. 251 (Übersetzung aus dem Polnischen).

28 Siehe dazu Antoni Dudek, *Pierwsze lata III Rzeczypospolitej 1989–2001* [Die ersten Jahre der III. Republik 1989–2001], Kraków 2005, passim.

wird dieser Traditionsbestand unterschiedlich rezipiert. Der Soziologe Marek Latoszek beschäftigt sich mit der Frage, ob „Solidarność“ eine gesellschaftliche Bewegung, eine Revolution oder ein Aufstand war. Westliche Soziologen – etwa Alain Touraine, David Ost oder Lawrence Goodwyn – betonen die Bedeutung von „Solidarność“ für den Zusammenbruch des Kommunismus und die Förderung der Demokratie. Auf der Grundlage der polnischen Soziologie ordnet Piotr Sztompka die „Solidarność“ den radikalen Bewegungen zu. Seine Entscheidung begründet er mit der Bestrebung dieser Gewerkschaftsbewegung, das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben in Polen grundlegend zu verändern. Sztompka zieht einen Vergleich zwischen „Solidarność“ und der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA. Latoszek urteilt, „Solidarność“ habe zur Schule einer praktizierten Demokratie gehört – ein Vorgang, der mit einer Reihe von Konflikten und manchmal auch mit dramatischen Spannungen verbunden gewesen sei. In diesem Zusammenhang nennt der Soziologe folgende Merkmale von „Solidarność“: den Ethos, das Wiederaufleben der Tradition und die Ausdauer im Streben nach Rückgewinnung der staatlichen Souveränität; ferner den Versuch, die nationalen und gesellschaftlichen Werte in Übereinstimmung zu bringen, die Ausdauer, sich gegen eine Ideologie zu wehren, die lediglich von einer Minderheit und der von ihr beherrschten Institutionen gestützt wurde sowie die Aufgeschlossenheit für kostbare zivilisatorische Güter. Latoszek beschreibt „Solidarność“ als eine nationale Befreiungsbewegung, die um die Menschen- und Bürgerrechte kämpfte. Der Soziologe weist in diesem Zusammenhang auf die Aktualität der „Solidarność“-Bewegung hin. Sie diene anderen Freiheitsbewegungen in Europa als Vorbild. Als Beispiel nennt Latoszek die „Orangene Revolution“ in der Ukraine. Auch in Weißrussland und anderen sowjetischen Republiken könnte, Latoszek zufolge, das „Solidarność“-Vorbild die Freiheitsbewegungen fördern.

In der Zeit zwischen 1980 und 1981 sei die „Solidarność“ keine Revolution im klassischen Sinne gewesen, denn ihr hätten die destruktiven Faktoren Chaos und Terror, die für Revolutionen charakteristisch seien, gefehlt. Die Ziele der Arbeiter seien rational gewesen; sie hätten unabhängige Organisationsformen schaffen und die Ordnung in den Betrieben sicherstellen wollen. Obwohl die Gesellschaftsbewegung „Solidarność“ manchmal für romantisch gehalten werde, habe sie sich in Wirklichkeit pragmatisch verhalten. Dabei konnte sie die Erfahrungen der Arbeiter aus den früheren Aufständen vom Juni 1956 und Dezember 1970 erfolgreich nutzen. Dazu gehörten der Widerstand in Gestalt von Okkupationsstreiks und die Schaffung alternativer Strukturen in Form von Streikskomitees – unter Einschluss der Infrastruktur im kommunikativen und organisatorischen Bereich.

Marek Latoszek vergleicht die „Solidarność“-Bewegung mit den beiden klassischen Revolutionstypen: der französischen und der amerikanischen. Als gewaltlose Revolution knüpfe die „Solidarność“ an die amerikanische Revolu-

tion an, der nationale Faktor erinnere jedoch an die französische Revolution.²⁹ Einige Merkmale innerhalb der „Solidarność“ seien auch eigentümlich und völlig neu gewesen. Die „Solidarność“-Bewegung ist, Latoszek zufolge, Träger der Revolution gewesen. Erstens habe sie die alte Ordnung, die auf der Idee der sozialistischen Revolution basierte und totalitäre Inhalte einschloss, auf den Kopf gestellt. Zweitens habe mit ihr eine lange Phase der Transformation begonnen. Drittens habe sie Polen demokratische Institutionen und Spielregeln, die für eine freie Gesellschaft charakteristisch sind, zurückgegeben. Durch die Fixierung auf das Jahr 1989, als dem Symbol der Revolution im postsowjetischen Block, sei die Bedeutung von „Solidarność“ knapp zehn Jahre zuvor klein gemacht worden, kritisiert Latoszek.³⁰

In der polnischen Historiographie wird die Entwicklung der „Solidarność“-Bewegung häufig allein aus nationaler Perspektive beschrieben. Welche Bedeutung kam dem KSZE-Prozess zu, wie ist in diesem Zusammenhang die deutsche Ostpolitik zu bewerten? Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, dass Helsinki zur Stärkung der demokratischen Bewegung in Osteuropa beitrug und auch die „Solidarność“-Bewegung beförderte. Władysław Bartoszewski gehört zu den Wenigen, die in ihren Reflexionen diesen Sachverhalt berücksichtigt haben.³¹ Gegen die Absichten der sozialliberalen Regierung Schmidt-Genscher trug auch das wirtschaftliche und finanzpolitische Engagement der Bundesrepublik wesentlich dazu bei, „die Dysfunktionalität der zentralen Verwaltungswirtschaft unter Beweis zu stellen und den Nährboden für die systemsprengende ‚Solidarność‘-Bewegung zu schaffen“.³² Bundeskanzler Schmidt, der große Sympathien für Edward Gierek hegte, war allerdings bestrebt, die offizielle Regierung zu stützen. Die demokratische Oppositionsbewegung und deren deutschlandpolitischen Konzepte³³ wurden dagegen vollkommen ignoriert. Es entsprach dem Grundsatz der sozialliberalen Ostpolitik, alles zu unterlassen, was in Moskau den Eindruck hätte erwecken können, man wolle einen seiner Satelliten destabilisieren oder gar aus dem Ostblock herauslösen. Aus diesem Grund verfuhr man auch mit der demokratischen Opposition in der DDR ähnlich ignorant.

29 Vgl. dazu Rolf Reichardt, *Das Blut der Freiheit. Französische Revolution und Demokratische Kultur*, Frankfurt a. M. 1998.

30 Vgl. Marek Latoszek, „Solidarność“: ruch społeczny, rewolucja czy powstanie? [„Solidarność“: eine Gesellschaftsbewegung, eine Revolution oder ein Aufstand?]. In: Franciszek Adamski u. a. (Hg.), „Solidarność“ w imieniu narodu i obywateli [„Solidarność“ im Namen des Volkes und der Bürger], Kraków 2005, S. 240–282.

31 Vgl. Władysław Bartoszewski, *Und reiß uns den Hass aus der Seele. Die schwierige Aussöhnung von Polen und Deutschen*, Warschau 2005, S. 141 ff.

32 Dieter Bingen, *Ostpolitik und die demokratischen Wandlungen in den Staaten Mittel- und Osteuropas*. In: *Deutsch-Polnisches Jahrbuch 2005*, Warschau 2006, S. 21–53, hier 30.

33 Vgl. Klaus Ziemer, *Die „Ostpolitik“ der Bundesrepublik Deutschland im Urteil der polnischen Oppositionsbewegung der siebziger und achtziger Jahre*. In: *Deutsch-polnisches Jahrbuch 2005*, Warschau 2006, S. 169–192.

Der Westen insgesamt verfolgte das Konzept einer systemimmanenten „Reform von oben“, nicht das einer „Revolution von unten“. Überdies befürchtete die Bundesregierung eine Störung ihrer Deutschlandpolitik durch die basisdemokratische Bewegung in Polen.³⁴ Das ging so weit, dass sich die sozialliberale Bundesregierung weigerte, nach Verhängung des Kriegszustandes in Polen Wirtschaftssanktionen gegen die Militärdiktatur zu verhängen.³⁵ Man befürchtete eine „Revolution“ und bevorzugte stattdessen schrittweise Reformen. Deswegen erfreuten sich aufgeklärte Kommunisten wie Edward Gierek oder Mieczysław Rakowski im Westen so großer Popularität.³⁶ Es bedurfte des Drucks des Nordatlantikrats, um die Bundesrepublik auf den Kurs der NATO-Erklärung vom 11. Januar 1982 zu bringen. Nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 bestand die CDU/FDP-Regierung zwar auf einer Aufhebung des Kriegsrechts, verursachte aber durch ihre Betonung der „Offenheit der deutschen Frage“ revisionistische Irritationen. Wenn sich die kommunistische Regierung, die demokratische Opposition und die polnische Bevölkerung in einer Sache einig waren, dann in der Forderung einer Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze durch die Bundesrepublik – und zwar ohne Wenn und Aber. Daraus resultierte Ende der 80er Jahre ein gestörtes Verhältnis der polnischen Demokratiebewegung zur deutschen Sozialdemokratie, aber auch ein gewisses Miss-

34 In einem Gespräch zwischen Hans-Jürgen Wischniewski und dem polnischen Außenminister J. Czyrek vom 18. August 1981 sagte jener: „Wichtig sei, alles zu vermeiden, was den Eindruck der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens entstehen lassen könne.“ Weiter führte Wischniewski aus: „Einerseits begrüßten wir natürlich ein Höchstmaß an Liberalisierung für die Menschen in Polen, andererseits könnten wir nicht wollen, dass die politische Situation in Europa und anderswo durch die Geschehnisse in Polen Schaden leide. Ob Kommunismus, Sozialismus oder Kapitalismus – eins gehe in keinem System: weniger arbeiten und gleichzeitig mehr konsumieren.“ Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, Depositum Willy Brandt, SPD-Parteivorsitzender/Parteipräsidium/Parteivorstand. Verbindung mit Mitgliedern des Präsidiums, sozialdemokratischen Bundesministern und Staatssekretären in obersten Bundesbehörden, Mappe 48. In einem Gespräch mit Samjatin am 1. Juli 1981 äußerte Wischniewski, „zwischen der SPD und den deutschen Gewerkschaften habe es intensive Gespräche zu Polen gegeben. Den Gewerkschaften sei dringend geraten worden, sich im Verhältnis zur ‚Solidarität‘ aus innerpolitischen Vorgängen herauszuhalten.“ Ebd. Im Gespräch mit dem polnischen Botschafter Jan Chylinski am 9. September 1981 versicherte Wischniewski, es würden „weitere Gespräche mit dem DGB stattfinden, im Interesse der bilateralen Beziehungen. DGB solle nichts unternehmen, was die offiziellen Beziehungen störe“. Ebd. Am 30. Dezember 1981 erklärte Wischniewski gegenüber dem stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten Rakowski, „dass wir mit redlicher Anteilnahme die Entwicklung verfolgten und als Partei in Bezug auf die Solidarität zurückhaltender gewesen sind als andere im In- und Ausland“. Ebd., Mappe 50.

35 Vgl. Helmut Schmidt, *Menschen und Mächte*, Berlin (West) 1987, 307 f.

36 Vgl. Zdzisław Krasnodębski, *Solidarność i jej wpływ na Europę, dawną i nową [Solidarność und ihr Einfluss auf Europa, das alte und das neue]*. In: Instytut Socjologii Uniwersytetu Warszawskiego/Instytut Filozofii i Socjologii PAN, *Solidarność. Wydarzenie, konsekwencje, pamięć [Solidarność. Ereignis, Folgen, Erinnerung]*, Warszawa 2006, S. 242–254, hier 246.

trauen gegenüber der Wiedervereinigungspolitik des konservativ-liberalen Regierungsbündnisses, da man dessen Forderung nach Grenzrevisionen fürchtete.

III.

Wie steht es mit der Rezeption der „Solidarność“-Bewegung in der polnischen Gesellschaft fünfundsiebenzig Jahre danach? Gemäß Jadwiga Staniszkis kann man die Erfahrungen der Solidarność-Bewegung nicht auf die Sphäre des Politischen einschränken, obwohl das am häufigsten geschieht.³⁷ Auch Elżbieta Hałas vertritt die Auffassung, dass das Solidarność-Phänomen ausschließlich als politische Geschichte dargestellt werde, während es als gesellschaftliche und kulturelle Erscheinung nur ungenügend erforscht worden sei.³⁸

Umfragen zufolge vertrat eine große Mehrheit in der polnischen Bevölkerung, nämlich 73 Prozent, die Meinung, dass unter dem Gesichtspunkt der Landesinteressen die Tätigkeit der „Solidarność“ in den Jahren 1980/81 eine positive Bewertung verdiene. Auf die Frage: „Welche Rolle spielte die ‚Solidarność‘ aus der Perspektive von Menschen wie Ihnen“ antworteten 70 Prozent der Befragten mit „eine entschieden positive“ oder „eine eher positive“.³⁹

Unterschiede in der Bewertung von „Solidarność“ lassen sich zwischen verschiedenen Generationen, der gesellschaftlichen Stellung und politischen Überzeugungen feststellen. Vor allem die Gewinner der politischen Transformation in Polen Anfang der neunziger Jahre betonten im Jahre 2005 die Verdienste von „Solidarność“. Je höher der gesellschaftliche Status und Bildungsgrad der Befragten war, umso positiver schätzten sie die Bewegung ein. Jene Polen, die den Verlauf der Systemtransformation in Polen begrüßten, beurteilten auch die „Solidarność“ positiv. Weniger positiv wurde die „Solidarność“ von jenen bewertet, denen der Systemwechsel mehr Verluste als Gewinne einbrachte. Jeder vierte, der sich dem linken Spektrum zuordnete (23 Prozent), schätzte die Rolle, die „Solidarność“ für gewöhnliche Menschen spielte, eher negativ ein. Unter den Angehörigen des rechten Spektrums vertraten nur acht Prozent diese skeptische Meinung.⁴⁰

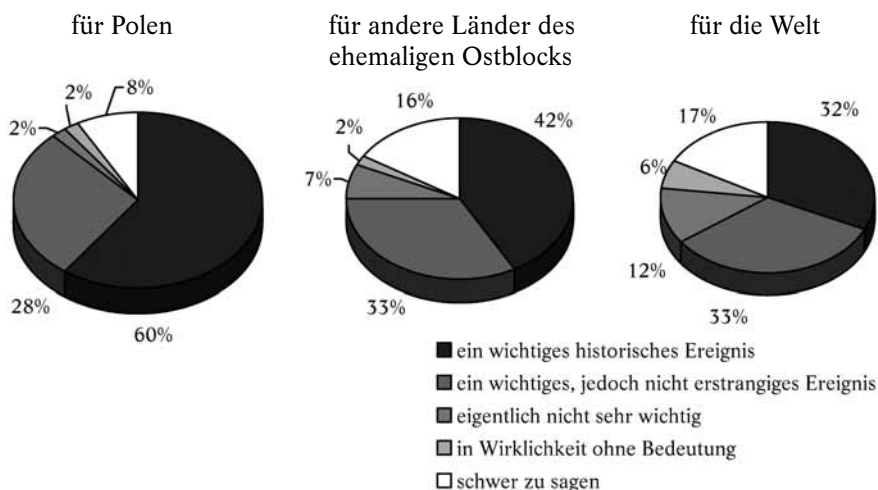
37 Vgl. Jadwiga Staniszkis, *Podwójna przemiana: refleksje 25 lat po Sierpniu 80* [Die doppelte Änderung: Reflexionen 25 Jahre nach dem September '80]. In: Instytut Socjologii Uniwersytetu Warszawskiego u. a., *Solidarność. Wydarzenie*, S. 213–224, hier 231.

38 Vgl. Elżbieta Hałas, *Symboliczna konstrukcja Solidarności: konflikt interpretacji i polityka pamięci* [Symbolische Konstruktion der Solidarność: Konflikt der Interpretation und die Gedächtnispolitik]. In: Instytut Socjologii Uniwersytetu Warszawskiego u. a., *Solidarność. Wydarzenie*, S. 225–241, hier 225.

39 CBOS (Hg.), *Dwadzieścia pięć lat po sierpniu. Komunikat z badań* [Fünfundsiebenzig Jahre nach dem August. Forschungsbericht], Warszawa, August 2005.

40 Vgl. ebd.

Abb. 1: War die Entstehung und Tätigkeit der Solidarność in den Jahren 1980–1981 ... ?



Quelle: CBOS (Hg.), Dwadzieścia pięć lat po sierpniu. Komunikat z badań [Fünfundzwanzig Jahre nach dem August. Forschungsbericht], Warszawa, August 2005.

Eine Mehrheit der Befragten vertrat die Meinung, „Solidarność“ sei nicht nur für Polen, sondern auch für die anderen Länder des Ostblocks ein wichtiges Ereignis gewesen. Zwei Drittel meinten sogar, „Solidarność“ besitze für die ganze Welt große Bedeutung (Abb. 1). In dieser Einschätzung lassen sich allerdings beträchtliche Generationsunterschiede feststellen. Junge Leute, die nach 1980 geboren wurden und die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus aufwuchsen, bewerteten die „Solidarność“ anders als die ältere Generation. Diejenigen, die „Solidarność“ miterlebt hatten, betonten die große historische Rolle der Bewegung. Die jungen Befragten zwischen 18 und 24 Jahren schrieben „Solidarność“ eine wichtige, jedoch keine herausragende Rolle für Polen und die Region zu. Für das Weltgeschehen besaß „Solidarność“ ihrer Meinung nach keine besondere Bedeutung. Die Generation der 25- bis 34-Jährigen, also jene, die während der „Solidarność“-Zeit noch Kinder waren und daher keinen Anteil an den Ereignissen hatten, beurteilten die Bedeutung von „Solidarność“ ähnlich wie die damaligen Erwachsenen.⁴¹ Ein Grund hierfür kann darin liegen, dass diese Generation in der Atmosphäre der achtziger Jahre aufwuchs, als die „Solidarność“ im Untergrund agierte – jener Zeit also, während der in den Familien die Erinnerung an die sechzehn Monate „Solidarność“ und an den Kriegszustand lebendig war.

Weit mehr Vertreter des rechten als solche des linken politischen Spektrums in Polen schrieben „Solidarność“ eine historische Bedeutung zu. Unter den

41 Vgl. ebd.

Befragten, die sich der Linken zurechneten, wurde die Ansicht vertreten, „Solidarność“ habe keine besondere oder sogar keine Rolle für Polen gespielt. Aus dem eher konservativen Milieu ließ sich derlei nicht vernehmen. Die Respondenten aus dem linken Spektrum betonten als transitorische Ereignisse die Bedeutung des Falls der Berliner Mauer und der Reformen Gorbatschows. Auch die junge Generation hielt den Fall der Mauer für ebenso wichtig, in manchen Fällen sogar für wichtiger als die „Solidarność“. Im Übrigen unterstrichen 49 Prozent der Befragten, die den linken Parteien nahe stehen, dass sich für die Ereignisse der Jahre 1980/81 ausschließlich Historiker interessieren sollten. Die Befragten aus dem konservativen Spektrum betonten dagegen häufig die politische Aktualität der „Solidarność“-Bewegung. 73 Prozent aus dieser Gruppe gaben ihrer Überzeugung Ausdruck, für Menschen wie sie bleibe „Solidarność“ wichtig. Eine große Mehrheit – nämlich über 70 Prozent – sowohl der Wähler der nationalkonservativen Partei „Prawo i Sprawiedliwość“ („Recht und Gerechtigkeit“) als auch der liberalen „Platforma Obywatelska“ („Bürgerplattform“) vertrat die Meinung, dass „Solidarność“ für Menschen wie sie wichtig bleibe. Auch 66 Prozent aus jenem Personenkreis, der am 12. Dezember 1981 der Gewerkschaft „Solidarność“ angehörte, bekräftigte, dass für ihn die Bewegung von bleibender Bedeutung sei.⁴²

Bei der Bewertung von „Solidarność“ durch die Polen muss man unterscheiden, ob die Befragten die Bedeutung der Bewegung für das Land insgesamt oder für ihr persönliches Leben meinten. Während fast alle Respondenten „Solidarność“ für ein sehr wichtiges Ereignis in Bezug auf ihr Land hielten, meinten 34 Prozent, die Gewerkschaftsbewegung habe für ihr persönliches Leben keine besondere Bedeutung (Abb. 2). Auch ältere Personen vertraten oft die Überzeugung, „Solidarność“ spiele für sie persönlich keine wichtige Rolle. 36 Prozent der Befragten äußerten die Meinung, dass sich für „Solidarność“ nur Historiker interessieren sollten. Dagegen vertraten überwiegend Personen mit Hochschulabschluss die Auffassung, die Ereignisse aus der „Solidarność“-Zeit seien wichtig für alle Menschen und nicht nur für Historiker.⁴³

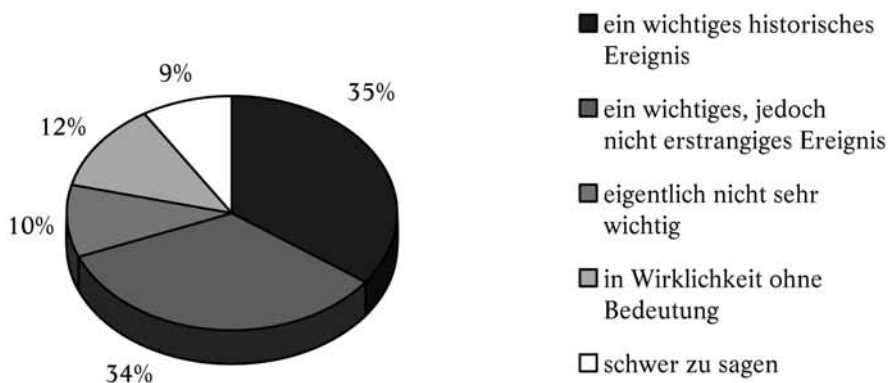
Obwohl also die „Solidarność“-Bewegung für die Mehrheit der Polen ein wichtiges Ereignis für ihr Land wie für die ganze Welt darstellt, zählt der 31. August nicht zu den Jahrestagen, die die Polen für tatsächlich bedeutend hielten. Nur für jeden zwanzigsten Befragten hatte dieser Tag eine persönliche Bedeutung. Zu den wirklich wichtigen Tagen zählten nach Meinung der Befragten dagegen der 11. November 1918 (Tag der Unabhängigkeit), der 3. Mai 1791 (Jahrestag der Verfassung), der 1. September 1939 (Beginn des Zweiten Weltkrieges), der 1. Mai (Tag der Arbeit) und der 1. August 1944 (Beginn des Warschauer Aufstandes).⁴⁴

42 Vgl. ebd.

43 Vgl. CBOS (Hg.), Czym dziś jest dla Polaków „Solidarność“ lat 1980–81? Komunikat z badań [Was bedeutet heute für die Polen „Solidarność“ der Jahre 1980–81? Forschungsbericht], Warszawa, September 2005.

44 Vgl. CBOS (Hg.), Dwadzieścia pięć lat po sierpniu.

Abb. 2: War die Entstehung und Tätigkeit der Solidarność in den Jahren 1980-81 für Menschen wie Sie:



Quelle: CBOS (Hg.), *Dwadzieścia pięć lat po sierpniu. Komunikat z badań* [Fünfundzwanzig Jahre nach dem August. Forschungsbericht], Warszawa, August 2005.

Womit brachten die Befragten „Solidarność“ in Verbindung? Was assoziierten sie mit der Bewegung? Am häufigsten tauchten Wendungen wie „Systemwechsel“ und „Zusammenbruch des Kommunismus“ auf (26 Prozent). An zweiter Stelle folgten „Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit“ (20 Prozent). Lech Wałęsa wurde von 20 Prozent der Polen, überwiegend den jungen Befragten, erwähnt. Nur selten wurden materielle Werte wie „Kampf um die Verbesserung der Lebensverhältnisse“ genannt (fünf Prozent der Befragten).⁴⁵ Das verwundert deswegen, weil in den berühmten 21 Forderungen vom 16. August 1980 die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in vielen Punkten gefordert wurde.⁴⁶

„Solidarność“ könnte zur Grundlage einer europäischen „Meistererzählung“ vom Freiheitswillen des Kontinents werden. Im Blick auf die gegenwärtige Entwicklung scheinen allerdings die Chancen gering, dass die Bewegung jemals diesen Rang im kollektiven Gedächtnis der jungen Europäischen Union einnehmen wird. In Polen selbst überlagern zunehmend Geschichtsmymthen meist national-konservativer Provenienz die Ereignisse von 1980/81 und die dadurch freigesetzten politischen und kulturellen Impulse.⁴⁷ Und die Nachbarn Polens zeigen wenig Neigung, „ihre“ Revolutionen auf Initialzündungen in Gdańsk und Poznań zurückzuführen und bevorzugen ihrerseits national orientiert „Narratives“. So bleibt zu befürchten, dass „Solidarność“ nicht mehr bleiben wird als ein wichtiges Datum in der polnischen Nationalgeschichte.

45 Vgl. ders. (Hg.), *Czym dziś jest dla Polaków „Solidarność“*.

46 Vgl. Charta (Hg.), *Tage der Solidarität*, S. 21.

47 Vgl. Gerhard Besier, *Die Hypothek von 1918/19: Das neue Polen und das geschrumpfte Reich. Ein Plädoyer zur Historisierung des Pilsudski-Kults*. In: Mike Schmeitzner/Katarzyna Stokłosa (Hg.), *Partner oder Kontrahenten? Deutsch-Polnische Nachbarschaft im Jahrhundert der Diktaturen*, Berlin 2007.